

spd/III/76

den 28. Juni 1948

Berlin - unser aller Schicksal  
=====

-dt. Fasziiniert starrt die Welt auf Berlin. Seit einem halben Jahr etwa immer wiederkehrender neuralgischer Punkt in den Beziehungen zwischen den Westmächten und Russland, haben die Dinge in den letzten Tagen eine Zuspitzung bis zur Zerreihsprobe erfahren. Das mag übertrieben klingen, ist es aber nicht, wenn man die Äußerungen jener Personen genau studiert, die bei diesen dramatischen Geschehen die Hauptrolle spielen. Und man muss mit Menschen sprechen, die in diesen Tagen aus Berlin kommen, um den vollen Ernst der Lage zu erfassen.

Mit Bedauern und mit Beschämern muss man feststellen, dass in Westdeutschland diesen Ereignissen nicht die Bedeutung beigeessen wird, die ihnen zukommt. Man freut sich der schönen Sachen, die mit der Währungsreform aus Korlungslagern ans Tageslicht gekommen sind, man ist auf der Jagd nach Deutschen Mark und man liest - bestenfalls mit einiger Besorgnis - die sensationellen Meldungen über und aus Berlin. Vielleicht gibt es auch einige, die sich an der kindischen Argumentation erwärmen, dass die Amerikaner sich in Berlin eine Suppe eingebracht hätten, die sie nun auszulöffeln haben. Das wäre die gefährlichste Selbsttäuschung, der man sich hingeben kann. Denn zunächst hätten diese Suppe zwei Millionen Berliner auszulöffeln, die sich bisher unter dem Schatz der Westmächte einer lang entbehrten demokratischen Freiheit erfreuen haben. Wer aber nach den Berlinern an die Reihe, man kann ruhig sagen, ans volksdemokratische Messer kommt, das kann sich jeder in Westdeutschland an seinen zehn Fingern abzählen. Denn das eine dürfte wohl feststehen: Fällt Berlin, dann geht das Tor auf für den Vormarsch des Bolschewismus in Westdeutschland. Der kommunistische Putsch in Prag hat gezeigt, wie rasch eine solche Entwicklung verlaufen kann.

Durch die Verhängung der Hungerblockade ist Berlin zur Frontstadt geworden. Mit einer Leidenschaft, die sonst den nächsternen Berliner fernsicht, haben sich zwei Millionen Menschen der Freiheit verschworen und offenbaren unter stärkstem Druck einen Geist, von dem wir einen Bruchteil wenigstens hier in Westdeutschland zu sehen wü nachten. Die Berliner wissen, worum es geht, sie wissen,

was es bedeutet, wenn sie in dieser Stunde schwach und kleinmütig werden. Sie haben die Verhängung der Hungerblockade mit der Ruhe und Gelassenheit dessen hingeworfen, der um eine gute Sache kämpft. Berlin ist heute in der gleichen Situation wie 1932 mit dem einen Unterschied aber, dass man auf Grund der Erfahrungen der vergangenen zwölf Jahre die Grösse der Gefahr erkennt und daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen hat.

Während des Krieges ist den Neutralen von der englischen Presse vorgeworfen worden, dass sie wie ein interessierter Theaterbeobachter aus der weich gepolsterten Balkenloge das Kriegsgeschehen betrachten. Übertragen auf innerdeutsche Verhältnisse, ist es heute nicht anders. Während Berlin als Vorposten der Demokratie und Freiheit um seine Existenz kämpft, wird in Frankfurt um Abwertungsquoten, Zinsfüsse, kurz- oder langfristige Kredite gehandelt, während der Berliner seinen Leibriemen enger schnürt, herrscht in Westdeutschland das Bestreben vor, einen möglichst grossen Gewinn aus den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen zu schöpfen. Wenn man weiss, dass der Berliner mit seinem Einsatz heute auch Westdeutschland deckt, dann wird man zugestehen, dass die Lasten in diesem Kampf etwas unvorteilhaft verteilt sind. Diese Haltungenschiede werden nicht zuletzt auch von den in Deutschland weilenden Ausländern beobachtet. Das allein schon sollte uns eine etwas zeitgemässere Einstellung nahelegen. Man stelle sich die Lage General Clays vor, wenn er in Washington neue finanzielle Forderungen anmelden muss, um den "kalten Krieg" um Berlin durchhalten zu können und wenn ihm dort verweigert werden kann, dass es der deutschen Bevölkerung gleichgültig zu sein scheint, was mit Berlin geschieht. Der Kampf um Berlin könnte dann von interessierter Seite sehr leicht als ein persönlicher Machtkampf amerikanischer Generale dargestellt werden, was er in diesem Falle weiss Gott nicht ist.

Mit sensationeller Berichterstattung und mit Leitartikeln allein ist den Berlinern nicht geholfen. Hier muss wirklich spontan das Geschehen auf der anderen Seite mit bewährten totalitären Methoden der Bevölkerung aufoktroziert werden. Keine politische Partei mit Ausnahme der Kommunisten wohl - ist von dieser Verpflichtung ausgenommen. Wir müssen den Berlinern zeigen, dass wir die Grösse ihres Kampfes begriffen haben, wir müssen aber auch den Westmächten eine Legitimation dafür geben, dass sie in Berlin gesamtdeutsche Interessen verteidigen. Denn vergessen wir nicht, das Schicksal Berlins ist auch das unsere. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren.

Stalins Parlament

B.Z., Stockholm, im Juni

Die sowjetische Verfassung wird von den Kommunisten aller Länder als die "höchste Form der Demokratie" gepriesen, welche alle anderen Demokratien der Welt übertriffe. Was ist aber das russische Parlament, der Oberste Rat, in Wirklichkeit? Was für eine reelle Bedeutung hat diese von den Kommunisten so hoch gepriesene Institution im Staatsleben der Sowjetunion?

Der Oberste Rat (Verhovai Sovjet) besteht aus zwei volksgewählten Kammern. Der Unionsrat wird in Einmann-Wahlkreisen gewählt, wobei ein Abgeordneter auf jede 300.000 Einwohner entfällt. Der Nationalitätenrat vertritt die Teilstaaten der Union und seine Mitglieder werden in gleicher Zahl von den Einwohnern der sowjetischen Teilstaaten gewählt. Der Oberste Rat wird auf vier Jahre gewählt. Der Unionsrat hat heute 682 und der Nationalitätenrat 657 Abgeordnete. Bei gemeinsamen Sitzungen sind es im ganzen 1.339 Abgeordnete, zahlenmäßig also das grösste Parlament der Welt.

Nach der Verfassung dürfen die kommunistische Partei und die übrigen erlaubten Organisationen die Kandidaten für die Wahlen in den Obersten Rat aufstellen. In Wirklichkeit ist bisher bei allen Sowjetwahlen in jedem Kreis nur ein einziger Kandidat aufgestellt und auch gewählt worden. Die Kandidaten werden vorher von den kommunistischen Parteinstanzen bestimmt. Ein Teil der Kandidaten sind Kommunisten, die anderen sind Parteilose. Die Zahl der letzteren entspricht derzeit 15% im Unionsrat und 22% im Nationalitätenrat. Die Parteilosen werden aufgestellt, um einen "Eckel der Kommunisten und Parteilosen" vortauschen zu können. Faktisch sind sämtliche Parteilosen gefügte und sichere Anhänger der Kommunisten.

Die Nominierung der Kandidaten geschieht formell auf einer Wählerversammlung in einer Fabrik oder einer Kolchose. Die seit 31 Jahren terrorisierten Wähler wagen es nicht, einen Gegenkandidaten vorzuschlagen. Das allgemeine Wahlrecht bleibt also ein toter Buchstabe: ohne Wahlfreiheit, ohne Opposition und ohne Gegenkandidaten.

Der so "gewählte" Oberste Rat soll laut Verfassung das einzige Organ der Gesetzgebung in der Union sein. Praktisch hat der Oberste Rat in seiner zehnjährigen Existenz nur eine geringe Anzahl von Gesetzen angenommen. Die sowjetische Gesetzgebung kommt auf dem Dekretwege zustande: etwa 90% aller Bestimmungen mit Gesetzeskraft sind Dekrete der Regierung und des Präsidiums des Obersten Rates. Alle diese Dekrete werden ohne Befragung des Sowjetparlaments angenommen. Der Oberste Rat hält jährlich zwei kurze Sessions ab, die etwa vier bis fünf Tage dauern. Damit ist das Sowjetparlament nicht nur das grösste Parlament der Welt, sondern auch das Parlament mit der geringsten Arbeitsleistung.

Die Tagesordnung einer solchen Session ist vorher von der Parteileitung der kommunistischen Partei und der Regierung festgelegt

worden. Sie wird nach Eröffnung der Session vom Vorsitzenden des Obersten Rates vorgeschlagen und ist bisher immer einstimmig angenommen worden. Einstimmig sind auch alle Gesetze, Beschlüsse und Wahlen im Obersten Rat zustande gekommen. Die Tagesordnung ist sehr kurz, der wichtigste Punkt ist die Behandlung des Staatsbudgets. Dieser ist auch der einzige Punkt, an dem mehrere Redner mit Reden auftreten und von der Parteileitung vorher genehmigte unwesentliche Änderungsanschlüsse einreichen. Auch diese werden einstimmig angenommen. Alle Reden enden mit vielen Lobworten für Stalin. Er wird stets als "der weise Führer", "der grosse Stalin", "der Vater und Lehrer", "der geniale Staatsmann" usw. gehuldigt.

Laut Verfassung ist die Sowjetregierung dem Obersten Rat verantwortlich. Es ist aber bisher noch kein einziges Mal eine allgemeine Debatte über die Regierungspolitik durchgeführt worden. Noch nie ist auch ein Misstrauens- oder Vertrauensvotum behandelt worden. Wohl sind viele Minister abgesetzt worden, aber das hat stets nur das Präsidium des Obersten Rates auf Beschluss des Politbüros der Partei und nicht des Obersten Rates getan. Das Parlament hat auch noch nie Erklärungen über solche Absetzungen der Minister verlangt.

Der Oberste Rat hat im Gegensatz zu allen Parlamenten der demokratischen Staaten nur wenige und sehr kleine Ausschüsse, die selten zusammentreten. Eine parlamentarische Vorbereitung der Gesetze geschieht daher nur in sehr begrenztem Umfang. Das Interpellationsrecht ist von den Abgeordneten noch niemals ausgenutzt worden, ebenso ist der Untersuchungsausschuss bisher nicht in Erscheinung getreten.

Gesetze und Budget werden in einer Lesung angenommen. Die Rededauer ist kurz, sie darf 20 Minuten nicht übersteigen. Alle Reden werden vom Blatt verlesen, sie enthalten viele Ziffern und Zitate aus den Werken von Lenin und Stalin und sind vorher von den betreffenden Parteinstanzen zensuriert und genehmigt worden. Die Sowjetdebatten sind daher langweilig, obgleich sie stets mit Beifall unterbrochen werden, wenn man Stalin erwähnt oder am Ende der Rede gepriesen wird. (b/246/2/ke)

#### Sammelbericht über russische Kriegsgefangenenlager

sp. In mühevoller Kleinarbeit hat die Kriegsgefangenenhilfe der SPD Berichte von heimkehrenden Kriegsgefangenen aus Sowjetrussland gesammelt. Die Ergebnisse sind in einer Broschüre zusammengefasst, die demnächst der Öffentlichkeit übergeben wird. Hunderttausende von deutschen Soldaten werden noch in Russland zurückgehalten, mit ihnen eine grosse Anzahl von Frauen und Mädchen, die gegen jedes Völkerrecht verschleppt wurden. Zweck der Broschüre ist anhand der Schilderungen einen Querschnitt über die Kriegsgefangenenlage in der Sowjetunion zu geben.

Die in Russland befindlichen Lager sind in drei Gruppen eingeteilt:

- a) Die erste Gruppe ist gekennzeichnet durch die Lagernummern 1.000 bis 5.050 und umfasst Lazarett-, Erholungs- und Schulungslager. 5.

- b) Die zweite Gruppe mit den Lagernummern 6.300 bis 6.500 untersteht zum Teil der Roten Armee und arbeitet für diese. Bisher sind aus diesen Lagern die wenigsten Entlassungen zu verzeichnen.
- c) Die dritte und grösste Gruppe setzt sich aus den Lagernummern 7.000 - 7.961 zusammen. Die Angehörigen dieser Gruppe sind im Bergbau, Strassenbau, in der Landwirtschaft und Industrie tätig. Da aus dieser Gruppe die meisten Berichte vorliegen, ist es möglich, hier ein fast lückenloses Bild zu gewinnen.

Besonders hervorstechend ist, dass die in der Nähe grosser Städte und Kulturzentren liegenden Lager von den allgemeinen Verhältnissen wesentlich abweichen. So ist in den um und in Moskau liegenden Lagern eine bessere Behandlung, Verpflegung und Betreuung festzustellen. Zum Teil mag es daran liegen, dass es sich in der Hauptsache um Muster- und Schulungslager handelt, zum anderen sind diese Lager wahrscheinlich dazu bestimmt, etwaigen Besuchern als Schaustücke vorgeführt zu werden. Bis jetzt ist jedoch noch keiner deutschen oder internationalen Kommission, welche Russland besuchte, gestattet worden, ein Kriegsgefangenenlager zu besichtigen.

Man wird auch in der Broschüre vergeblich eine Gesamtzahl der noch in der Sowjetunion zurückgehaltenen Kriegsgefangenen suchen. Derartige Ermittlungen lassen sich nur durch Aussagen von Heimkehrern nicht durchführen. Die einzige einigermaßen verlässliche Methode wäre, durch eine internationale Untersuchungskommission sämtliche Lager besichtigen zu lassen. Das ist bisher am Widerstand der Russen gescheitert, weil sie wissen, was sie zu verbergen haben. Auf Grund von Schätzungen, russischen Angaben bei der Kapitulation, seinerzeitigen Siegesmeldungen usw. lässt sich errechnen, dass ungefähr anderthalb Millionen Kriegsgefangene mehr in Russland sein müssen, als Molotow vor etwa einem Jahr angegeben hat. Er nannte damals eine Zahl von rund 800.000.

Das nackte Grauen erfasst den Leser auch nur beim flüchtigen Blättern in der Broschüre. Es ist eine furchtbare Anklage gegen ein Regime, das vorgibt, für die Menschlichkeit zu kämpfen. Es ist aber zugleich eine Anklage gegen die Parteien, die mit diesem System zusammenarbeiten, die SED und die KP, die bisher mit keinem Wort zum Kriegsgefangenenproblem Stellung genommen haben. (m/Bl/286/2/he)

- - - - -

100 Jahre Schweizer Bundesstaat

C. Z. Zürich, im Juni

Nach mancher 1848er-Festlichkeit in Kantonen und Gemeinden, geht nun der Bund daran, die hundert Jahre Bundesverfassung zu feiern, die den Staatenbund der 22 souveränen Kantone in den "Bundesstaat Schweiz" umwandelte.

Der Werdegang zur heutigen Schweiz ist die sukzessive Vereinigung alpiner Eidgenossenschaften. Ihr Urkern ist der 1291 "genössisch beeidete" Ewige Bund der drei Waldorte - wir würden heute Wälder sagen - Uri, Schwyz und Unterwalden. Dieser Urschweiz der drei Waldorte schlossen sich an durch Bundesverträge die Städte Luzern, Zürich, Bern und Glarus und Zug. Vom Vierwaldstätterbund im 14. Jahrhundert ging die Entwicklung unter Kriegen und Krisen zum Bund der 13 Orte Ende des 15. Jahrhunderts. Der Zusammenschluss zur Eidgenossenschaft war damals, am Ende des Mittelalters, zu Beginn der Neuzeit, nahezu vollendet.

Durch den Westfälischen Frieden erhält die Schweiz ihre Unabhängigkeit zugesprochen. Die Helvetische Republik von 1797 verriß auf den ersten Blick ihre geistig-politische Herkunft. Doch schon 1814 liquidiert ein neuer Bundesvertrag diese Revolutions Epoche. Das schweizerische Grundgesetz der Ewigen Neutralität sichert der Wiener Kongresse 1815. In Sonderbundkrieg von 1847 aber stürzten sich vergeblich die Kräfte der alten Ordnung und der Privilegien gegen die Notwendigkeiten ökonomischen Entwicklungsdruckes: die Überwelt und alles heimmliche Souveränität der Kantone, ihr Staatenbund und Schriftleib des Bundesvertrages von 1814 wird abgelöst durch den Bundesstaat und die Bundesverfassung von 1848, die republikanisch und föderalistisch sind mit einer zentralistischen Spitze. Ein oft groteskes Verwaltungswirrwarr war damit beseitigt. In fast allen Kantonen bestanden scharf gehobene Zugangsverbote - um "zulaufendes Volk" aus einem anderen Kanton fernzuhalten, um neuen Industrien die benötigten Arbeitskräfte vorzuenthalten oder ihre Niederlassung mindestens zu erschweren. In Postanstalten des Staatenbundes belegten jeden ein postales Gebiet passierenden Brief mit Zuschlagsporto, so dass ein Brief von Genf ins Bodenseegebiet weit teurer kam, als ein solcher in die damals bestimmte so "ferne" Türkei; die Basler Kaufleute aber zogen vor, ihre Sendungen ins Tessin über Frankreich und das damalige zur Sardinischen Monarchie gehörige Savoyen abzufrachten; weil dieser Umweg immer noch billiger kam, als die en inneren Straßen, Brücken und Kantonsgrenzen einschöbener Weg- und Zolleabgaben. Zu den Hindernissen kamen noch ein uneinheitliches Münzwesen - zehn Münzsysteme mit 319 Münzsorten schufen das heute unvorstellbare Durcheinander an Währungen und Zahlungsmitteln - und eine Kollektion von verschiedenartigsten und abweichendsten Massen und Gewichten, die sogar erst 1875 auf der Basis des metrischen Systems vereinheitlicht wurden.

Beispielgebend im friedlichen Miteinanderleben von drei grossen Nationalitäten ist dieses erste Jahrhundert Bundesstaat und Bundesverfassung, die Entwicklung der Schweiz zum modernen Industriestaat mit einem bedeutungsvollen agrarwirtschaftlichen Sektor. Diese Verfassung auszubauen zu einem den fortschreitenden Erkenntnissen und Entwicklungen angepassten Instrument des zentralen Ausgleichs und der gerechten Lastenverteilung ist das zähe Ringen der schweizerischen Industriearbeiterschaft. (b/1102-256/2/